

Az.: 8 U 250/22
3 O 18/21 LG Heidelberg



Oberlandesgericht Karlsruhe

Protokoll

aufgenommen in der öffentlichen Sitzung des Oberlandesgerichts Karlsruhe, 8. Zivilsenat, am
Montag, 12.05.2025 in Karlsruhe

Gegenwärtig:

Richter am Oberlandesgericht Dr. Schütter
als Einzelrichter

Von der Zuziehung eines Protokollführers gem. § 159 Abs. 1 ZPO wurde abgesehen.

In Sachen

■■■■■ ./ Volkswagen AG
wg. Schadensersatzes

erscheinen bei Aufruf der Sache:

- Niemand -

Der Einzelrichter verkündet

folgendes

Urteil

unter Bezugnahme auf den Urteilstenor gemäß § 311 ZPO

Dr. Schütter
Richter am Oberlandesgericht

Aktenzeichen:
8 U 250/22
3 O 18/21 LG Heidelberg



Oberlandesgericht Karlsruhe
8. ZIVILSENAT

Im Namen des Volkes

Urteil

In dem Rechtsstreit

[REDACTED]

- Kläger und Berufungskläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Gansel Rechtsanwälte**, Wallstraße 59, 10179 Berlin, Gz.: 128667-[REDACTED]

gegen

Volkswagen AG, vertreten durch d. Vorstand, d. vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Herbert Diess, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg, Gz.: [REDACTED]

- Beklagte und Berufungsbeklagte -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Rowedder Zimmermann Hass**, Augustaanlage 59, 68165 Mannheim, Gz.: 061250/21HG/ne

wegen Schadensersatzes

hat das Oberlandesgericht Karlsruhe - 8. Zivilsenat - durch den Richter am Oberlandesgericht Dr. Schütter als Einzelrichter aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 10.04.2025 für Recht erkannt:

1. Das Versäumnisurteil des Senats vom 12.02.2025 wird unter Aufrechterhaltung im Übrigen wie folgt abgeändert:

Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Landgerichts Heidelberg vom 20.05.2022, Az.: 3 O 18/21, unter Zurückweisung des weitergehenden Rechtsmittels und Aufhebung im Kostenpunkt teilweise abgeändert und wie folgt neu gefasst:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 3.986,50 € zuzüglich Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 17.04.2021 zu zahlen.

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

2. Von den Kosten des Rechtsstreits beider Instanzen tragen der Kläger 85 % und die Beklagte 15 % mit Ausnahme der Kosten der Säumnis, die von dem Kläger zu tragen sind.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.
4. Die Revision gegen dieses Urteil wird nicht zugelassen.

Beschluss

Der Streitwert wird für das Berufungsverfahren auf 25.212,01 € festgesetzt.

Gründe:

- ohne Sachverhaltsdarstellung gemäß §§ 540 Abs. 2, 313 Abs. 1 Satz 1 ZPO -

Die Berufung ist zulässig und in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet. Die Klagepartei hat gegen die Beklagte Anspruch auf Ersatz eines Differenzschadens in Höhe von 3.986,50 € nebst Prozesszinsen.

1. Die Klagepartei hat zuletzt hinsichtlich des streitgegenständlichen Pkw VW Passat Variant 2.0 TDI mit dem von der Beklagten hergestellten und in Verkehr gebrachten Dieselmotor der Schadstoffklasse EU 6 vom Typ EA 288 nur noch den Differenzschaden beansprucht und den ursprünglich geltend gemachten Anspruch gemäß §§ 826, 31 BGB nicht mehr verfolgt.
2. Mit dem zuletzt gestellten Antrag hat die Berufung teilweise Erfolg. Die Klagepartei hat gegen

die Beklagte gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV Anspruch auf Ersatz eines Differenzschadens in Höhe von 3.986,50 €.

- a) Die erstmalige Geltendmachung des Differenzschadens im Berufungsverfahren wegen der Erteilung einer unzutreffenden Übereinstimmungsbescheinigung ist zulässig (vgl. Senat, Urteil vom 28. November 2023 - 8 U 291/21, juris Rn. 19 ff.).
- b) Der Käufer eines mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung versehenen Kraftfahrzeugs fällt - unionsrechtlich vorgegeben - in den persönlichen Schutzbereich der § 6 Abs. 1 und § 27 Abs. 1 EG-FGV in Verbindung mit Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 21). Das Unionsrecht verlangt indes nicht, den Käufer eines mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung versehenen Kraftfahrzeugs so zu stellen, als habe er den Kaufvertrag nicht abgeschlossen, also das Interesse auf Rückabwicklung des Kaufvertrags in den sachlichen Schutzbereich der § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV einzubeziehen, sondern nur den Ersatz des Schadens in Höhe des Betrags, um den der Käufer das Fahrzeug mit Rücksicht auf die mit der unzulässigen Abschaltvorrichtung verbundenen Risiken zu teuer erworben hat (Differenzschaden; vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023, aaO, Rn. 22, 32, 40). Der Differenzschaden ist nach § 287 Abs. 1 ZPO unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung zu schätzen. Nach den Vorgaben des Unionsrechts ist das Schätzungsermessen innerhalb einer Bandbreite zwischen 5 % und 15 % des gezahlten Kaufpreises rechtlich begrenzt (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023, aaO, Rn. 72 f.).
- c) Die Anspruchsvoraussetzungen des § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV sind erfüllt. Die Beklagte hat eine unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung erteilt, weil das streitgegenständliche Fahrzeug mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 ausgerüstet ist. Hierbei hat die Beklagte schuldhaft gehandelt.
 - aa) Die Beklagte hat eine unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung erteilt, da das Fahrzeug eine unzulässige Abschaltvorrichtung in Gestalt einer umgebungsdruckabhängigen Anpassung der Abgasrückführung aufweist. Diese bewirkt - wie dem Senat aus einer Vielzahl anderer Verfahren bekannt und im Termin erörtert -, dass die Abgasrückführungsrate jedenfalls ab einer Höhe von jedenfalls 800/1.000 m reduziert wird (sogenannte Ab-rampung) und dadurch Einfluss auf das Emissionsverhalten des Fahrzeugs nimmt.

- (1) Eine Übereinstimmungsbescheinigung ist unzutreffend, wenn das betreffende Kraftfahrzeug mit einer gemäß Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 unzulässigen Abschalteinrichtung ausgerüstet ist, weil die Bescheinigung dann eine tatsächlich nicht gegebene Übereinstimmung des konkreten Kraftfahrzeugs mit Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 ausweist (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 34).
- (2) In dem Fahrzeug kommt eine umgebungsdruckabhängige Anpassung der Abgasrückführung zum Einsatz. Diese bewirkt, dass die Abgasrückführungsrate jedenfalls ab einer Höhe von 800/1.000 m reduziert wird (sogenannte Abrampung) und dadurch Einfluss auf das Emissionsverhalten des Fahrzeugs nimmt. Hierbei handelt es sich um eine unzulässige Abschalteinrichtung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 Satz 1, Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) 715/2007. Es ist davon auszugehen, dass die Nutzung von Fahrzeugen in Höhen von über 800/1.000 m über dem Meeresspiegel zu den im Unionsgebiet üblichen Bedingungen im Sinne von Art. 5 Abs. 1 der Verordnung (EG) 715/2007 gehört (Senat, Urteil vom 12. März 2024 - 8 U 397/22, juris Rn. 28 ff). Die Funktion ist auch nicht notwendig, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu schützen und um den sicheren Betrieb des Fahrzeugs zu gewährleisten. Es liegt keine der in Art. 5 Abs. 2 Satz 2 lit. a bis c der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 normierten Ausnahmen vor (vgl. Senat, Urteil vom 12. März 2024, aaO, Rn. 40).

bb) Der Verstoß der Beklagten gegen § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV durch die Erteilung einer unzutreffenden Übereinstimmungsbescheinigung ist schuldhaft erfolgt.

Die Beklagte hat die aus der Schutzgesetzverletzung folgende Verschuldensvermutung (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245, Rn. 59) weder ausgeräumt noch einen unvermeidbaren Verbotsirrtum konkret dargelegt. Dazu muss der Fahrzeughersteller darlegen und beweisen, dass sich sämtliche seiner verfassungsmäßig berufenen Vertreter im Sinne des § 31 BGB über die Rechtmäßigkeit der vom Käufer dargelegten und erforderlichenfalls nachgewiesenen Abschalteinrichtung mit allen für die Prüfung nach Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 bedeutsamen Einzelheiten im maßgeblichen Zeitpunkt im Irrtum befanden oder im Falle einer Ressortaufteilung den damit verbundenen Pflichten genügten (vgl. BGH, Urteil vom 25. September 2023 - VIa ZR 1/23 NJW 2023, 3796 Rn. 14; Senat, Urteil vom 3. November 2023 - 8 U 104/21, juris Rn.

48 f.).

Die Beklagte hat zu einem Irrtum ihrer verfassungsmäßig berufenen Vertreter keinen Vortrag gehalten. Da es somit schon an der konkreten Darlegung eines Verbotsirrtums fehlt, kommt es nicht mehr darauf an, ob dieser unvermeidbar gewesen wäre oder ob sich die Beklagte auf eine hypothetische Genehmigung berufen könnte (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 65). Dass sie bereits vor dem maßgeblichen Zeitpunkt des Fahrzeugerwerbs der Klagepartei dem KBA die Softwarefunktion konkret dargelegt hätte, zeigt die Beklagte nicht auf.

- d) Durch den schuldhaften Verstoß der Beklagten gegen § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV hat die Klagepartei einen Vermögensschaden in Höhe von 3.986,50 € erlitten.

aa) Wie bereits ausgeführt, hat die Klagepartei einen Schaden in Höhe des Betrags erlitten, um den er das Fahrzeug mit Rücksicht auf die mit der unzulässigen Abschalteneinrichtung verbundenen Risiken zu teuer erworben hat.

Zur Erwerbskausalität kann sich die Klagepartei nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV auf den Erfahrungssatz stützen, dass er den Kaufvertrag zu diesem Kaufpreis nicht geschlossen hätte. Für die Anwendung eines solchen Erfahrungssatzes ist nicht von Bedeutung, ob ihr beim Erwerb des Fahrzeugs die von der Beklagten ausgegebene unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung vorgelegen und ob er von deren Inhalt Kenntnis genommen hat. Auch ohne Kenntnisnahme der vom Fahrzeughersteller ausgegebenen Übereinstimmungsbescheinigung geht der Käufer typischerweise davon aus, dass der Hersteller für das erworbene Fahrzeug eine Übereinstimmungsbescheinigung ausgegeben hat und dass diese die gesetzlich vorgesehene Übereinstimmung mit allen maßgebenden Rechtsakten richtig ausweist (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 55 f.).

Umstände, die diesen Erfahrungssatz widerlegen, sind im Streitfall weder dargetan noch sonst ersichtlich. Insbesondere hat die Beklagte nicht dargelegt, dass sie die Ausrüstung des Fahrzeugs mit einer unzulässigen Abschalteneinrichtung in einer Art und Weise bekannt gegeben hat, die einem objektiven Dritten die mit dem Kauf des Fahrzeugs verbundenen Risiken

verdeutlichen muss (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 32). Die Beklagte vertritt im Gegenteil die Auffassung, dass die beschriebene Reduzierung der Abgasrückführung keine unzulässige Abschalteinrichtung sei und keine Stilllegung des Fahrzeugs drohe.

bb) Der Differenzschaden beläuft sich auf 3.986,50 €.

- (1) Der Senat schätzt die Höhe des der Klagepartei entstandenen Vermögensschadens gemäß § 287 ZPO unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles innerhalb der unionsrechtlich vorgegebenen Bandbreite (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 71 ff.) wie bei einem als unzulässige Abschalteinrichtung zu bewertenden Thermofenster (vgl. Senat, Urteil vom 22. August 2023 - 8 U 271/21, juris Rn. 77) mit 10% des gezahlten Kaufpreises. Der Senat geht davon aus, dass der objektive Wert des Fahrzeugs durch das mit der Abschalteinrichtung verbundene Risiko der Betriebsstilllegung in diesem Umfang gemindert ist. Die Höhe des entstandenen Differenzschadens ist einer tatrichterlichen Schätzung nach § 287 ZPO zugänglich. Unter Berücksichtigung der maßgeblichen Umstände (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023, aaO, Rn. 76 f.) handelt es sich in jeder Hinsicht, sowohl was die Art als auch was die möglichen Folgen des Verstoßes angeht, um einen mittelschweren Fall innerhalb der unionsrechtlich vorgegebenen Bandbreite von 5% bis 15%, der die Anwendung des mittleren Prozentsatzes von 10% rechtfertigt.
- (2) Soweit im streitgegenständlichen Fahrzeug darüber hinaus ein Thermofenster zum Einsatz kommt, kann dahinstehen, ob dieses in seiner konkreten Ausgestaltung, die zwischen den Parteien im Streit steht, eine unzulässige Abschalteinrichtung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 darstellt. Denn auch wenn das Thermofenster so ausgestaltet wäre, dass die Abgasrückführung - wie die Klagepartei behauptet - bei Temperaturen unter 20°C und über 30°C reduziert wird, würde die bereits wegen der oben festgestellten Abschalteinrichtung bestehende Gefahr von Betriebsbeschränkungen durch ein solches Thermofenster nach der freien Überzeugung des Senats nicht weiter erhöht. Der Differenzschaden wäre deshalb auch in diesem Fall nicht höher als mit den bereits veranschlagten 10% des Kaufpreises zu bemessen.

(3) Soweit im streitgegenständlichen Fahrzeug darüber hinaus eine Fahrkurvenerkennung zum Einsatz kommt, hat die Beklagte der Klagepartei unstreitig ein Software-Update angeboten, mit dem die Fahrkurvenerkennung entfernt wird. Es ist davon auszugehen, dass das mit dem Einsatz der Fahrkurvenerkennung verbundene Risiko von Betriebsbeschränkungen (vgl. hierzu Senatsurteil vom 7. Mai 2024 – 8 U 8/22 –, juris) durch dieses Software-Update vollständig beseitigt wird. Indem die Klagepartei das Software-Update nicht aufspielen ließ, hat sie gegen ihre Schadensminderungspflicht aus § 254 Abs. 2 Satz 1 Fall 2 BGB verstoßen und muss sich deshalb bei der Bemessung des Differenzschadens gemäß § 242 BGB so behandeln lassen, als hätte sie einen aus dem Software-Update resultierenden Vorteil tatsächlich erzielt (BGH, Urteil vom 23. Oktober 2023 – VIa ZR 468/21 –, juris Rn. 14). Daraus folgt, dass die Fahrkurvenerkennung im Streitfall bei der Bemessung des Differenzschadens nicht zu berücksichtigen ist.

cc) Auf den Differenzschaden sind im Wege der Vorteilsausgleichung die Nutzungsvorteile und der Restwert des Fahrzeugs nach den Grundsätzen für die Berechnung des sogenannten kleinen Schadensersatzanspruchs anzurechnen (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn 80). Danach sind Nutzungsvorteile und der Restwert des Fahrzeugs auf den Schadensersatzanspruch erst dann und nur insoweit schadensmindernd anzurechnen, als sie den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufvertrags übersteigen (BGH, Urteil vom 24. Januar 2022 - VIa ZR 100/21, NJW-RR 2022, 1033 Rn. 22).

(1) Die Nutzungsentschädigung kann im Wege der Schätzung gemäß § 287 ZPO ermittelt werden, indem der gezahlte Bruttokaufpreis für das Fahrzeug durch die voraussichtliche Restlaufleistung im Erwerbszeitpunkt geteilt und dieser Wert mit den gefahrenen Kilometern multipliziert wird (vgl. BGH, Urteil vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19, BGHZ 225, 316 Rn. 80). Der Senat legt diese lineare Berechnungsmethode seiner Schätzung in ständiger Rechtsprechung zugrunde. Die Ausführungen der Beklagten geben keine Veranlassung, von dieser gebräuchlichen Berechnungsmethode abzuweichen. Die Gesamtlaufleistung des streitgegenständlichen Fahrzeugs mit 2,0-Liter-Motor veranschlagt der Senat mit 250.000 km (Senat, Urteil vom 12. März 2024 – 8 U 397/22 –, juris Rn. 53).

Im Streitfall hat die Klagepartei das Fahrzeug mit einem Kilometerstand von 50 km zu einem Bruttokaufpreis von 39.865 € erworben. Nach der vom Senat herangezogenen Berechnungsmethode ergibt sich damit eine Nutzungsentschädigung von 20.419,59 € (= 39.865 € geteilt durch 249.950 km mal 128.029 km).

- (2) Den Restwert des Fahrzeugs veranschlagt der Senat gemäß § 287 ZPO mit 11.370,60 €. Der Senat legt seiner Schätzung die von der Beklagten vorgelegte DAT-Bewertung zum 20.01.2025 (Anlage BE 30) zugrunde, die einen Händlerverkaufswert von 12.634 € ausweist, und nimmt hiervon einen Abschlag in Höhe von 10 % vor. Der vorgenommene Abschlag ist deshalb gerechtfertigt, weil der Händlerverkaufswert die Gewinnspanne des Händlers beinhaltet sowie die kalkulierten Kosten der von ihm geschuldeten Gewährleistung und deshalb regelmäßig über dem von einem nicht gewerblichen Verkäufer erzielbaren Kaufpreis liegt (Senat, Urteil vom 12. März 2024 - 8 U 397/22 -, juris Rn. 55).
- (3) Den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Erwerbs durch die Klagepartei veranschlagt der Senat gemäß § 287 ZPO mit der Differenz aus dem von der Klagepartei gezahlten Kaufpreis und dem o.g. Differenzschaden, die sich auf 35.878,50 € beläuft.
- (4) Daraus ergibt sich, dass die Summe aus den von der Klagepartei erlangten Nutzungsvorteilen den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Erwerbs nicht übersteigt, weshalb eine Anrechnung nicht erfolgt.

3. Der Zinsanspruch ergibt sich aus §§ 288, 291 ZPO.

Da der Streitgegenstand beim großen Schadensersatz und beim Differenzschaden bei unverändertem Lebenssachverhalt identisch ist, kann die Klagepartei Rechtshängigkeitszinsen aus dem in der Hauptsache zugesprochenen Betrag, der den mit der Klageerhebung geltend gemachten Betrag nicht übersteigt, ab dem auf die Zustellung der Klage folgenden Tag (wie beantragt: „ab Rechtshängigkeit“) und nicht erst ab dem auf die Zustellung der Klageänderung folgenden Tag beanspruchen.

4. Auf der Grundlage des § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV kann neben dem Anspruch auf Ersatz des Differenzschadens eine Erstattung vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten nicht verlangt werden (BGH, Urteil vom 16. Oktober 2023 - VIa ZR 14/22 -, juris

Rn. 13). Die Voraussetzungen eines Anspruchs aus § 280 Abs. 1 und 2, § 286 BGB sind weder dargetan noch ersichtlich.


5. Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 92 Abs. 2, 97 Abs. 1, 344 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf §§ 708 Nr. 10, 713 ZPO.

Die Revision ist nicht zuzulassen, weil die Voraussetzungen des § 543 Abs. 2 ZPO nicht vorliegen.

Dr. Schütter
Richter am Oberlandesgericht

Verkündet am
12.05.2025


Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle